

Kreistag
des Schwarzwald-Baar-Kreises
Sitzung am 22.06.2015

Drucksache Nr. 069/2015 öffentlich

Modellprojekt "Sektorenübergreifende Versorgung" des Sozialministeriums Baden-Württemberg - Bewerbung der drei Landkreise der Region als Modellregion -

Anlagen: 2
Gäste: Keine

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 05. Mai 2015 (Anlage 1) an die Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg hat das Sozialministerium die Beteiligung von mindestens drei Land-/Stadtkreisen, die in einem „räumlichen und versorgungspolitischen Zusammenhang“ stehen, als Modellregion für das Projekt „Sektorenübergreifende Versorgung“ ausgeschrieben.

Inhalt der Ausschreibung, die Ziele des Projektes sowie die Modalitäten seiner Umsetzung und Finanzierung ergeben sich aus der in der Anlage 2 beigefügten Ausschreibung.

- a) Hintergrund für eine solche zukunftsgerichtete, neu strukturierte Versorgungslandschaft im Hinblick auf die Vernetzung von medizinischem, rehabilitativem, pflegendem und präventivem Sektor ist insbesondere die demografische Entwicklung sowie die sich bereits heute abzeichnenden bzw. schon eingetretenen Versorgungsengpässe in bestimmten – vor allem ländlichen – Regionen. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen führt dazu in seinem 2014 erschienenen Gutachten „Bedarfsgerechte Versorgung – Perspektiven für ländliche Regionen und ausgewählte Leistungsbereiche“ Folgendes aus:

„In den von Versorgungsengpässen betroffenen oder bedrohten Regionen kann es nur mit einer konsequenten Bündelung aller Kräfte gelingen, eine tragbare Versorgungssituation zu erreichen. Zur Bündelung der Kräfte ist nicht nur eine verstärkte Kooperation und Abstimmung innerhalb des Krankenhaussektors erforderlich. ... Vielmehr ist eine sektorenübergreifende Planung von abgestuften Versorgungsstrukturen in sinnvoll abgegrenzten Versorgungsregionen erforderlich.“

Als Beispiel nennt der Sachverständigenrat etwa lokale Gesundheitszentren, die an einem zentralen Ort ambulante und stationäre Versorgung unter einem Dach anbieten. Diese seien in besonderer Weise auf die Versorgung der älter werdenden Landbevölkerung ausgerichtet, d. h. auch Angebote der stationären und ambulanten Kurzzeit- oder Langzeitpflege und eine geriatrische Tagesklinik sowie weitere Gesundheitseinrichtungen könnten hier integriert oder assoziiert werden. Insofern erscheine die integrierte Versorgung, deren Entwicklung in den vergangenen Jahren stagniert hat, letztlich als die einzig zielführende Lösung für die Versorgung des ländlichen Raums und umgekehrt biete eine erfolgreiche Umsetzung integrierter Versorgungskonzepte im ländlichen Raum die Chance, die Potenziale der integrierten Versorgung für Qualität und Wirtschaftlichkeit auch in derzeit normal- oder überversorgten Regionen zu demonstrieren. Deutliche Hürden für eine Umsetzung integrierter Versorgungskonzepte und damit für eine langfristig tragbare Versorgung auch im ländlichen Raum bestünden in den verschiedenen Zuständigkeiten und Verantwortlichen bei der Versorgungsplanung und -sicherstellung. Eine sektorenübergreifende Planung der Sicherstellung sei nur durch gemeinsame Gremien und gemeinsame Sicherstellungs-/Versorgungsverantwortung der nach wie vor strikt getrennten Sektoren möglich.

Gestützt werden diese Feststellungen des Sachverständigenrates durch den Bericht der Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesgesundheitsbehörden (AOLG) „Gesundheit und Demografie“ aus dem Jahr 2014, der ausführt:

„Aufgrund der fortschreitenden Alterung unserer Gesellschaft muss unser Gesundheitswesen künftig stärker altersgerecht ausgerichtet sein. Die Bedürfnisse der Älteren müssen mit Blick auf altersspezifische präventive Angebote und ein ganzheitliches Versorgungsmanagement, in dem der Patient im Mittelpunkt steht, stärker in den Vordergrund rücken. Medizin, Pflege, Betreuung und Beratung müssen enger miteinander verzahnt werden, etwaige strukturelle Hemmnisse behoben und geeignete Rahmenbedingungen zur Erleichterung der Etablierung bedarfsgerechter Formen der Übergangsvorsorgung bestehen. Der Paradigmenwechsel weg von einer anbieter- und sektorenorientierten hin zu einer populationsorientierten und damit sektorenübergreifenden Versorgung muss gelingen. ... Die Überwindung von Schnittstellen im deutschen Gesundheitswesen ist eine der großen Herausforderungen. Schnittstellen ergeben sich insbesondere zwischen akut stationärer und ambulanter Versorgung, sie bestehen gleichermaßen leistungsrechtlich zwischen gesundheitlicher und pflegerischer Versorgung.“

Vor diesem Hintergrund hat auch die Gesundheitsministerkonferenz im Juni 2014 festgestellt, dass „die bereits durch Wissenschaft dargelegte Notwendigkeit eines stärker patientenzentrierten Versorgungsmodells mit einer Verringerung der bisherigen Sektorisierung des Gesundheitswesens durch Planung, Finanzierung, Transparenz und berufsgruppenübergreifenden Kooperation“ notwendig ist.

- b) Der Schwarzwald-Baar-Kreis beschäftigt sich seit vielen Jahren nicht nur sehr intensiv mit (der pflichtigen Selbstverwaltungsaufgabe) der stationären medizinischen Versorgung (Stichwort: Krankenhauslandschaft und Neubau des Zentralklinikums), der ambulanten und stationären Pflege (Stichwort: Pflegeplanung), der

Gesundheitsförderung und Prävention (Stichworte: Insbesondere Netzwerk regionale Arbeitsgemeinschaft Gesundheit, Gesundheitsnetzwerk, Arbeitskreise Demenz, Krebs, Pflege sowie Selbsthilfegruppen und deren Kontaktstelle), sondern auch seit einigen Jahren konkret mit der Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung im Kreisgebiet.

Sichtbare Defizite, insbesondere im Bereich unserer Gemeinden im Schwarzwald, und die Verantwortung für eine bedarfsgerechte Daseinsvorsorge auch in der Zukunft sowie für attraktive Wohn- und Arbeitsverhältnisse auch unter den Voraussetzungen des demografischen Wandels fordern zum Handeln auf.

Mittlerweile ist der Schwarzwald-Baar-Kreis einer von 3 Landkreisen in Baden-Württemberg, die als Modellkreise für eine kleinräumige und bedarfsgerechte Planung zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung bestimmt sind.

Die Bedeutung der Vernetzung aller Gesundheitsanbieter hat der Schwarzwald-Baar-Kreis bereits dadurch dokumentiert, dass auf seine Initiative im Jahre 2009 das Gesundheitsnetzwerk ins Leben gerufen wurde. Auch dank dieser Kooperationsplattform ist es gelungen, die Bedeutung der Gesundheitsbranche im Landkreis mit über 8.200 Beschäftigten, 17 Reha- und Fachkliniken mit 1.900 Betten, dem Zentralklinikum mit rd. 1.000 Betten, rd. 130 Haus- und über 150 Fachärzten, 55 Apotheken und 4 heilklimatischen Kurorten noch besser zu vermitteln.

Neben den Aktionen der im Gesundheitsnetzwerk vertretenen Mitglieder seien in diesem Zusammenhang insbesondere der jährlich veranstaltete Gesundheitskongress sowie die Gesundheits- und Vitalmesse zu nennen.

Gleichwohl bestehen in der Praxis derzeit – und unter den Herausforderungen des demografischen Wandels noch vermehrt – Probleme in den Schnittstellen der einzelnen Versorgungssektoren. Dies betrifft etwa ein bedarfsgerechtes Entlassmanagement nach Klinikaufenthalten (Schnittstelle zur Rehabilitation und Pflege – ambulant, teilstationär oder stationär) oder in der Sicherstellung der medizinischen und pflegerischen Versorgung im ländlichen Bereich (Stichwort: Attraktivität für junge Ärztinnen und Ärzte, Ärztehäuser, Gemeinschaftspraxen, medizinische Versorgungszentren; Gesundheitshäuser, technikerunterstützte ambulante Versorgung zu Hause) sowie in Prävention und Beratung (etwa nach einem Klinikaufenthalt).

Ähnlich sieht die Situation auch in den benachbarten Landkreisen Tuttlingen und Rottweil aus.

- c) Vor diesem Hintergrund erscheint das Modellvorhaben des Sozialministeriums zur sektorenübergreifenden Versorgung in der Region ideal. Mit dem Projekt soll ein Ansatz dahingehend gefunden werden, wie der Versorgungsbedarf und das Versorgungsangebot in einer Modellregion aufeinander abgestimmt werden können, wie die Zusammenarbeit an den Schnittstellen besser funktionieren kann oder wie kreisübergreifend Lösungsansätze etwa in Form der Einrichtung multiprofessioneller besetzter Versorgungszentren, medizinischer Versorgungszentren oder der Unterstützung ärztlicher Berufe gefunden werden können.

Das Modellprojekt ist auf 2 Jahre angelegt und untergliedert sich in zwei Teilprojekte, einem ersten Teilprojekt zur Erhebung des Ist-Zustandes und einem zweiten Teilprojekt zur Konzeptentwicklung eines sektorenübergreifenden Versor-

gungskonzeptes zusammen mit allen Akteuren und unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Das Projekt wird insgesamt vom sektorenübergreifenden Landesbeirat begleitet, im Sozialministerium wird eine Geschäftsstelle zur Gesamtkoordination eingerichtet.

Der Förderumfang beträgt für die zweijährige Projektlaufzeit insgesamt 300.000 Euro für die drei beteiligten Landkreise. In jedem Landkreis würde daher jährlich ein Volumen von 50.000 Euro zur Verfügung stehen. Die wissenschaftliche Begleitung in den beiden Teilprojekten „Ist-Erhebung“ und „Konzeptentwicklung“ durch die Universitäten Heidelberg, Frankfurt/Main und Stuttgart wird gesondert vom Sozialministerium finanziert.

Die für die Landkreise vorgesehenen Mittel sind für die personelle Unterstützung sowie Sachkosten und die Organisation und Durchführung von Bürgerdialogen vorgesehen.

Die Antragstellung hat bis zum 30. Juni 2015 zu erfolgen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Wie bereits erwähnt, wäre das Modellprojekt für alle drei Landkreise der Region von großer Bedeutung und könnte auf einer guten Basis (Gesundheitsnetzwerk) aufbauen. Auch sind nach Auffassung der Verwaltung für eine zukunftsfähige Versorgung unter dem Aspekt des demografischen Wandels neue, die klassischen Versorgungssektoren überwindende Versorgungsstrukturen erforderlich.

Vor diesem Hintergrund hat der Kreistag des Landkreises Tuttlingen bereits seine Zustimmung zur Bewerbung erteilt, der Landkreis Rottweil wird ebenfalls noch im Laufe des Juni seine Gremien beteiligen.

Auch wenn sich derzeit der Schwarzwald-Baar-Kreis zusammen mit den Nachbarlandkreisen an einer Gesundheitsstudie der Industrie- und Handelskammer beteiligt, die Entscheidern aus Politik und Verwaltung als Grundlage zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum dienen soll, steht dies einer Beteiligung der Landkreise am Modellprojekt des Sozialministeriums nicht entgegen. Vielmehr können die dort gewonnenen Erkenntnisse, insbesondere zur „Ist-Erhebung“, in das Modellprojekt des Sozialministeriums einfließen.

Voraussetzung für die Bewerbung beim Sozialministerium ist formell eine verbindliche Erklärung im Hinblick auf die Bereitschaft zur interkommunalen Zusammenarbeit mit den anderen beteiligten Kreisen durch die Landräte. Die Information und Beteiligung der „kommunalen Gesundheitskonferenzen“ (im Schwarzwald-Baar-Kreis: Gesundheitsnetzwerk) wird ebenfalls eingefordert. Die Umfrage hierzu hat bei Mitgliedern unseres Gesundheitsnetzwerks ergeben, dass diese einer Beteiligung des Landkreises zusammen mit den Nachbarlandkreisen zustimmen.

Eine Vorberatung dieses Themas im Ausschuss für Verwaltung, Wirtschaft und Gesundheit am 11. Mai 2015 war zeitlich und im Hinblick auf die notwendige Abstimmung mit den Nachbarlandkreisen nicht möglich. Von daher wird dieser Punkt direkt dem Kreistag vorgelegt, nachdem die Bewerbungsfrist am 30. Juni 2015 endet. Nach Aussage des Sozialministeriums möchte dieses noch vor der Sommerpause entscheiden, welche Modellregion im Land (nur eine soll ausgewählt werden) zum Zuge kommt.

Kosten:

Wie bereits erwähnt, sollen den drei Landkreisen über zwei Jahre 300.000 Euro Fördermittel zur Verfügung gestellt werden. Auf den einzelnen Landkreis bezogen bedeutet dies die befristete Einrichtung jeweils einer 0,5 Personalstelle auf zwei Jahre. Die restlichen Mittel aus den bereitgestellten 50.000 Euro p.a. sind als Sachkosten – etwa im Rahmen der Bürgerbeteiligung – vorgesehen. Die Zurverfügungstellung eigener Haushaltsmittel seitens der Landkreise für dieses Modellprojekt ist nicht vorgesehen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt der Teilnahme an der Ausschreibung des Sozialministeriums „Modellprojekt sektorenübergreifende Versorgung“ in Kooperation mit den Landkreisen Rottweil und Tuttlingen zu.